

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mecklenburg-Vorpommern wieder bahntauglich machen – Bahnsteige an gestiegene Fahrgastzahlen und Zuglängen anpassen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Fahrgastzahlen im Bahnverkehr in Mecklenburg-Vorpommern zeigen einen erfreulichen Aufwärtstrend, der zur Bestellung von mehr Verbindungen und längeren Zügen geführt hat. Der Landtag begrüßt das ausdrücklich.
2. Allerdings können diese sogenannten Verstärkerzüge einige Bahnhöfe in Mecklenburg-Vorpommern nicht anfahren, da die Bahnsteige für diese mit bis zu sieben Doppelstockwagen verkehrenden Züge zu kurz sind.
3. Insbesondere für Neubrandenburg als Oberzentrum im östlichen Landesteil und drittgrößte Stadt des Landes ist es nicht hinnehmbar, dass manche Regionalzüge dort nicht anhalten können, weil die Bahnsteige zu kurz sind.
4. Der in den zurückliegenden Jahren durch die Deutsche Bahn erfolgte Rückbau der Bahnsteige im Land stellt aber nicht nur für den Betrieb der aktuell verkehrenden Verstärkerzüge ein Problem dar, sondern erweist sich auch im Hinblick auf das Ziel der Bundesregierung, die Fahrgastzahlen für die Zukunft mindestens zu verdoppeln, als Hindernis.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. kurzfristig in Abstimmung mit der Deutschen Bahn dafür Sorge zu tragen, dass mindestens zwei Bahnsteige in Neubrandenburg bis zum Sommer 2024 entsprechend den Zusagen im Planfeststellungsverfahren auf 210 Meter Länge ausgebaut werden.
2. bis Mitte 2024 zu prüfen, bei welchen weiteren Bahnsteigen in Mecklenburg-Vorpommern ein Ausbau erforderlich ist, um zukünftig längere Züge einsetzen und die wachsende Zahl an Bahnreisenden bewältigen zu können. Des Weiteren ist zu prüfen, welche Maßnahmen notwendig sind, um eine Verlängerung der betreffenden Bahnsteige in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen, welche Kosten dafür zu erwarten sind und in welchem Zeithorizont dies erfolgen kann. Dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Tourismus und Arbeit ist bis zum 30. September 2024 über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Dr. Harald Terpe und Fraktion**Begründung:**

Die vergangenen Sommer, insbesondere die Sommer mit der Einführung des 9-Euro-Tickets und des Deutschlandtickets, haben aufgezeigt, dass auf nahezu allen Verbindungen im Land die Zugkapazitäten oft überlastet sind. Fahrgäste konnten, besonders an den Wochenenden nicht mitgenommen werden, weil die Züge überfüllt waren. Erfreulicherweise hat die Landesregierung schnell reagiert und Verstärkerzüge bestellt. Allerdings zeigte sich, dass es zum Teil sehr schwer war, ausreichend Wagenmaterial und vor allem Personal für zusätzliche Züge zu bekommen, weil bundesweit eine hohe Nachfrage bestand. Oft war es nur möglich, zusätzliche Waggon zu nutzen.

Besonders auf den Verbindungen des RE 5 von Berlin über Neubrandenburg nach Stralsund, aber auch auf anderen Verbindungen zeigte sich, dass infolge der Bahnpolitik der vergangenen Jahre und des Rückbaues der vorhandenen Bahnsteige auf Bahnsteigkanten mit 140 Meter Länge die oftmals längeren Verstärkerzüge dort nur noch bedingt halten können. Gerade in Neubrandenburg, wo zum Teil auch ein Fahrpersonalwechsel erfolgt, mussten bereits kurz nach der Verkürzung der Bahnsteige Vorkehrungen getroffen werden, damit der Zugführer auch außerhalb des Bahnsteiges den Zug verlassen kann, nachdem ein zusätzlicher Waggon in den Sommermonaten bestellt wurde. Auch aktuell zeigt sich wieder die Problematik des Status quo: Zusätzlich bestellte Verstärkerzüge konnten aufgrund ihrer Länge zum Beispiel nicht in Neubrandenburg halten, sondern führen von Neustrelitz bis nach Stralsund ohne Halt durch und hatten so für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern kaum einen Mehrwert. Es ist schlicht nicht hinnehmbar, dass aufgrund des erhöhten Fahrgastaufkommens zusätzliche Regionalzüge bestellt werden, diese aber wegen zu kurzer Bahnsteige ab Neubrandenburg nicht halten können.

Tatsache ist auch, dass aufgrund verschiedener Baumaßnahmen immer wieder Umleitungen auch von Fernverkehrszügen über Neubrandenburg erfolgen, die dort aber wegen zu kurzer Bahnsteige nicht halten. Stattdessen wird ein Ersatzhalt in Neustrelitz eingerichtet. Reisenden, deren Start oder Ziel Neubrandenburg ist, nützt dieser Ersatzhalt nichts, da sich dort teils zusätzliche Wartezeiten ergeben, die nur mit einer zusätzlichen Pkw-Fahrt kompensiert werden können.

Bereits in der 6. Wahlperiode hat der Landtag fraktionsübergreifend gefordert, dass alle Oberzentren des Landes mit mindestens sechs Fernzugpaaren an das Fernverkehrsnetz der Bahn angeschlossen werden sollen. Das Oberzentrum Neubrandenburg als drittgrößte Stadt des Landes wartet noch immer auf die Umsetzung dieses Beschlusses¹. Deshalb muss mindestens sichergestellt werden, dass längere Regionalzüge sowie umgeleitete Fernverkehrszüge Neubrandenburg nicht nur passieren, sondern dort auch halten.

Bereits während der Planfeststellung für den Bahnsteigumbau in Neubrandenburg gab es in der Stadt sehr viele Stimmen, die die Kürzung der Bahnsteige kritisch gesehen haben. Zugesagt wurde deshalb, dass die Bahn Vorkehrungen treffen wird, damit mindestens zwei Bahnsteige kurzfristig und unkompliziert wieder auf 210 Meter verlängert werden können. Der Bedarf für eine Verlängerung dieser zwei Bahnsteige ist nach mindestens zwei Sommern mit stark erhöhtem Fahrgastaufkommen und angesichts des Zieles, die Zahl der Bahnreisenden zu verdoppeln, unzweifelhaft gegeben.

Mit den steigenden Fahrgastzahlen werden aber nicht nur über Neubrandenburg längere Züge fahren müssen, wenn sich das Chaos der letzten Sommer nicht wiederholen soll, sondern auch auf anderen Strecken. Es ist deshalb dringend notwendig, die Bahnsteiglängen überall im Land zu überprüfen und einen Maßnahmenplan zu entwickeln, wie die Bahnsteige den zukünftigen Bedarfen und wachsenden Anforderungen gerecht werden können.

¹ Siehe Drucksache 6/3420 vom 29. Oktober 2014 (https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/35302/zukunft_des_schienenpersonenfernverkehrs_sicherstellen.pdf)